

Krieg in Syrien: Beendigung statt Ausweitung!

Friedenspolitik statt Bombenterror!

Die USA und Frankreich drohen mit einem Bombardement Syriens. Und auch die Türkei zeigt Interventionsinteresse. Damit soll auf einen mutmaßlichen Einsatz von Giftgas mit vermutlich mehr als Tausend Toten und einer noch höheren Zahl von Verletzten reagiert werden. Obwohl die Untersuchungen längst nicht abgeschlossen sind, wird den syrischen Regierungstruppen schon die Schuld zugewiesen, und es wird sofort mit Angriffskrieg gedroht, ohne eine politische Lösung anzustreben, Nothilfe und Flüchtlingsaufnahme zu forcieren.

Schon wieder? Krieg auf Basis einer Lüge?

Die Schuldzuweisung der Westmächte ist weder plausibel noch glaubwürdig.

Der Einsatz von Chemiewaffen war schon lange zuvor von US-Präsident Obama als die „rote Linie“ benannt worden, deren Überschreiten zu einer Militärintervention der USA führen würde. Das Assad-Regime, das in einem blutigen Bürgerkrieg um den Machterhalt kämpft, kann kein Interesse daran haben, einen Angriff von NATO-Staaten und damit voraussichtlich seinen politischen Selbstmord zu provozieren. Fragt man sich, wer ein Interesse an einem Giftgaseinsatz hat, der wiederum die Westmächte zum Kriegseintritt provoziert, muss sich der Verdacht gegen die aufständischen Bürgerkriegsparteien und die interventionswilligen Westmächte richten.

Das schließt nicht aus, dass tatsächlich seitens der Assad-Truppen Giftgas eingesetzt wurde. Schließlich war das Regime auch so dumm, friedliche Demonstrationen für Menschenrechte, Demokratie und Gerechtigkeit brutal mit mörderischer Gewalt und Folter zu unterdrücken und sie in einen bewaffneten Aufstand und in einen existenzbedrohenden Bürgerkrieg zu verwandeln.

Glaubwürdig sind die Vorwürfe nicht, weil diejenigen, die sie erheben, als notorisch verlogen bekannt sind. Der Angriffskrieg der USA und ihrer Verbündeten gegen den Irak 2003 beruhte auf einer dreisten Lüge, dem angeblichen Vorhandensein von Massenvernichtungswaffen.

Und dies hat Tradition: Es wird gelogen oder es werden unaufgeklärte oder zweifelhafte Vorfälle zum Kriegsgrund aufgebauscht: die unaufgeklärte Explosion eines Kriegsschiffes diente als Vorwand für den Spanisch-Amerikanischen Krieg von 1898, mit der Lüge vom Tonkin-Zwischenfall begann das massive Eingreifen der USA in den Vietnamkrieg, das sogenannte Massaker von Račak legitimierte den völkerrechtlich illegalen Kosovokrieg.

Nur eine wirklich unabhängige Untersuchung, an der offenbar wenig Interesse besteht, könnte Aufschluss bringen.

1. September 1939: Es begann auch damals mit einer Lüge

Der Antikriegstag am 1. September erinnert an den Beginn des Zweiten Weltkriegs. In diesen Tagen gewinnt er unter einem Aspekt eine besondere Aktualität. Auch damals wurde gelogen. Angeblich wurde „zurückgeschossen“.

Unterminierung des Verbots des Angriffskriegs

Das internationale Recht verbietet den Angriffskrieg und erlaubt Krieg nur unter bestimmten Bedingungen, z.B. aufgrund einer Ermächtigung durch den UN-Sicherheitsrat. Diese Einhegung des Kriegs ist längst nicht ausreichend, aber eine beträchtliche Errungenschaft. Die drei Westmächte kündigen nun nach dem Kosovokrieg schon wieder an, einen Krieg ohne Zustimmung des Sicherheitsrats führen zu wollen. Damit würde erneut ein völkerrechtlich illegaler Angriffskrieg geführt und das Verbot des Angriffskriegs weiter unterhöhlt.

Sinnloser Krieg ohne Ende?

Im syrischen Bürgerkrieg kämpft jetzt schon eine Vielzahl von syrischen, ausländischen und transnationalen Kriegsparteien. Es ist nicht erkennbar, wie der angekündigte mehrtägige Luftangriff der Bevölkerung helfen oder den Krieg beenden soll. Syrien hat schon Gegenaktionen angekündigt und damit eine Eskalation des Kriegs. Ein Bombardement Syriens würde noch mehr Todesopfer als bisher zur Folge ha-

ben, könnte westliche Staaten und auch die Türkei, wo bereits deutsche Patriot-Raketen an der syrischen Grenze stationiert sind, noch mehr in den Krieg hineinziehen, und der Krieg könnte noch stärker auf die Nachbarstaaten übergreifen. Hinzu kommt die Gefahr einer direkten Konfrontation zwischen NATO-Staaten und Russland.

Sowohl in Afghanistan als auch im Irak haben die ausländischen Interventionen das Massensterben nicht beendet. Der Libyenkrieg fand seine unmittelbare Fortsetzung in Mali. Syrien ist schon seit zwei Jahren ein Schlachtfeld und wird es auch bleiben, wenn die gegenwärtige Kriegspolitik fortgesetzt wird. Zu fragen ist, wer daran ein Interesse haben könnte.

Friedliche Konfliktlösung statt Kriegspolitik!

Die demokratisch und menschenrechtlich gesinnten politischen Kräfte in Syrien sind von sunnitisch-dschihadistischer Seite in den Hin-

tergrund gedrängt worden. Auf beiden Seiten des Bürgerkriegs kämpfen grausame Mörderbanden ohne Respekt für Menschenrechte, die ihre jeweilige Diktatur erhalten oder errichten wollen. Beide Seiten erhalten militärische, finanzielle und politische Unterstützung von außerhalb: einerseits vom iranischen Gottesstaat, der Hisbollah sowie Russland, andererseits von westlichen Staaten, den reaktionären Golfmonarchien, dem transnationalen Islamismus in Form von Al-Qaida und der Türkei, deren Regierung eine neo-osmanische Großmachtpolitik verfolgt.

Eine Lösung der Konflikte ist nicht einfach. Ein Militärschlag von außen bedeutet jedoch weitere zivile Opfer statt einer politischen Lösung. Angesichts der politischen Orientierung der meisten Beteiligten ist auch zu befürchten, dass bei einer Friedensregelung keine demokratische politische Ordnung mit weitgehender Gewährleistung von Menschenrechten entsteht.

Als erster Schritt muss zumindest alles unterlassen werden, das den Krieg fördert und auszuweiten droht. Deshalb fordern wir

- ◆ **Humanitäre Hilfe für die Menschen in Syrien und Unterstützung der Kriegsflüchtlinge innerhalb und außerhalb Syriens!**
- ◆ **Aufnahme von Flüchtlingen und Deserteuren auch in Europa und Deutschland! Keine Waffenlieferungen an die syrischen Kriegsparteien und ihre Unterstützerstaaten, wie Saudi-Arabien, Katar und die Türkei!**
- ◆ **Abzug der Patriot-Raketen aus der Türkei, die die Gefahr eines türkischen Angriffs erhöhen!**
- ◆ **Unterstützung der syrischen Oppositionellen, die sich ohne Gewalt für Demokratie und Menschenrechte einsetzen!**

In Syrien muss der Massenmord so schnell wie möglich enden: Deshalb fordern wir als erste Schritte:

- ◆ **Sofortigen Waffenstillstand**
- ◆ **Verhandlungen und eine Friedenskonferenz mit möglichst allen beteiligten Kräften und den Staaten der Region, so dass auch über Syrien hinaus, eine Friedensregelung für den Nahen Osten gefunden werden kann**

Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen

Sektion der War Resisters' International (WRI)

Landesverband Hessen & Landesverband Rheinland-Pfalz

Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt. Tel. 069-43 14 40, Fax -49 90 007

dfgvkhessen@t-online.de

www.dfg-vk-hessen.de www.dfg-vk-rlp.de

ViSdP Lennert, DFG-VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt

